

5 Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts und zur Änderung weiterer verfassungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/48 – Neudruck

Stellungnahmen 16/8, 16/9, 16/10, 16/11 (Neudruck), 16/12, 16/17, 16/18, 16/27, 16/30, 16/33, 16/43, 16/44 und 16/47

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Michael Hübner (SPD) merkt an, auch bei diesem Gesetzentwurf würden die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP einen weiteren Änderungsantrag vorbereiten, der die sogenannte Haushaltsentschädigung betreffe. Darüber hinaus werde man in dem entsprechenden Antrag auch eine Änderung vornehmen, die die Vertretung des Rates in Drittgremien betreffe. Ansonsten bleibe der Gesetzentwurf nahezu unverändert.

Kai Abruszat (FDP) weist daraufhin, es sei bekannt, dass ehrenamtliche Kommunalpolitik sehr zeitaufwendig und anstrengend sei. Er erinnere daran, dass in der 14. Wahlperiode von 2005 bis 2010 bereits eine Arbeitsgruppe zu dem Thema existiert habe. Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe fänden sich nun in dem Gesetzespaket wieder. Es trage auch dazu bei, sozusagen Waffengleichheit zwischen Hauptamt und Ehrenamt herzustellen. Am Ende würden die Neuregelungen dazu führen, dass das Ehrenamt in der Kommunalpolitik stärker wertgeschätzt und überhaupt noch möglich werde, wenn man bedenke, was es heute heiße, Fraktionsvorsitzender in einer kreisfreien Stadt oder in einer kreisangehörigen Kommune zu sein.

Er glaube, dass dieser Gesetzentwurf eine gute Zielrichtung beinhalte. Deswegen habe man an diesem Gesetz auch sehr gerne mitgearbeitet.

Mario Krüger (GRÜNE) sieht den Aspekt „Waffengleichheit“ etwas anders. Waffengleichheit zwischen dem Ehrenamt zum einen und den Hauptverwaltungsbeamten zum anderen herbeizuführen, sei noch ein weiter Weg. Auf jeden Fall werde mit dem Gesetzentwurf aber erreicht, dass das Ehrenamt interessanter werde, insbesondere für Menschen, die sich unter diesen neuen Rahmenbedingungen im Ehrenamt einbringen wollten.

Man sei auch gut beraten gewesen, die vorgetragenen Stellungnahmen auszuwerten beziehungsweise diese aufzugreifen und entsprechend einfache Regelungen zu schaffen. Dass das wohl gelungen sei, habe sich zumindest aus den Rücksprachen mit den Gebietskörperschaften ergeben, die über solche Regelungen zu prüfen hätten.

Lisa Steinmann (SPD) greift die Arbeit der bereits genannten Kommission auf und verweist darauf, dass das Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes ein erster Aufschlag, ein wichtiger Grundstock sei, dass aber viele Berufsgruppen bezüglich der beruflichen Vereinbarkeit von ehrenamtlicher Tätigkeit mit Sicherheit noch keine Berücksichtigung fänden. Insofern müsse aufgrund der Schwierigkeiten im Bereich Gleizeit, Kernarbeitszeit, Freiberufler und zunehmend veränderter Arbeitsformen noch nachgelegt werden. Analog zur Entstehung dieses Gesetzes wäre auch an dieser Stelle die Einberufung einer entsprechenden Kommission nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig.

André Kuper (CDU) führt aus, wenn die Demokratie in der kommunalen Familie funktionieren solle, dann brauche sie engagiertes Ehrenamt und die entsprechenden Möglichkeiten. Die kommunalpolitischen Vereinigungen aller Parteien hätten konstruktiv an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet. Das sei zu begrüßen.

Neu sei nun die Information darüber, dass ein Änderungsantrag eingebracht werden solle. Darüber werde man noch einmal fraktionsintern beraten und sich heute der Stimme enthalten.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und einer Stimme von den PIRATEN bei Enthaltung der Stimmen der CDU und einer Stimme von den PIRATEN an.



Ausschuss für Kommunalpolitik

3. Sitzung (öffentlich)

7. September 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:20 Uhr bis 12:05 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

- 1 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Dortmund (Fluglärmschutzverordnung Dortmund – FluLärmDortmundV)**

8

Vorlage 16/30

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Dortmund

Vorlage 16/31

Der Ausschuss stimmt den oben genannten Rechtsverordnungen einstimmig zu.

2 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gewerberechtsverordnung (GewRV) 9

Vorlage 16/45

In Verbindung mit:

3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gewerberechtsverordnung

Vorlage 16/102

Hierzu gibt es keine Anmerkungen. – Mit der Vorlage der Verordnungsentwürfe ist die vor Ausfertigung erforderliche Anhörung des AKo erfolgt.

4 Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen (Umlagegenehmigungsgesetz – UmlGenehmG) 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/46 (Neudruck)

Stellungnahmen 16/6, 16/19, 16/31, 16/31, 16/20, 16/45, 16/53 und 16/56

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU und der PIRATEN dem Gesetzentwurf zu.

5 Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts und zur Änderung weiterer verfassungsrechtlicher Vorschriften 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/48 – Neudruck

Stellungnahmen 16/8, 16/9, 16/10, 16/11 (Neudruck), 16/12, 16/17, 16/18,
16/27, 16/30, 16/33, 16/43, 16/44 und 16/47

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und einer Stimme von den PIRATEN bei Enthaltung der Stimmen der CDU und einer Stimme von den PIRATEN an.

6 Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – NKFVG) 16

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/47 – Neudruck

Stellungnahmen 16/13 und 16/41

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU an.

7 Die Landesregierung muss endlich Klarheit für die 61 Stärkungspaktkommunen schaffen 19

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/135

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW – NiSchG NRW) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/125

Der Ausschuss kommt überein, sich an der am 26. September 2012 geplanten Öffentlichen Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales pflichtig in Fraktionsstärke zu beteiligen. Der federführende AGS will am 31. Oktober 2012 die Beratungen abschließen. Die Obleute des AKo wollen sich noch auf das weitere Mitberatungsverfahren verständigen.

9 Gesetz zur Förderung des Mittelstands in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/126

Der Ausschuss kommt überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk geplanten Öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zu dem Gesetzentwurf am 25. Oktober 2012 nachrichtlich zu beteiligen.

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/57

Der Ausschuss spricht sich für eine pflichtige Teilnahme in Fraktionsstärke an der vom federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr geplanten Öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zu dem Gesetzentwurf am 1. Oktober 2012 aus. – Der federführende Ausschuss beabsichtigt am 22. November die Beratungen abzuschließen. Die Obleute des AKo wollen sich noch auf das weitere Mitberatungsverfahren verständigen.

11 Verschiedenes 23**11.1 Vorratsbeschluss 23**

Der Ausschuss verständigt sich auf eine Anhörung zu dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 Drucksache 16/302 und zum Stärkungspaktfondsgesetz Drucksache 16/176; beide Gesetzentwürfe sollen in der 37. Kalenderwoche im Plenum eingebracht werden. Einzelheiten sollen im Kreis der Obleute verabredet werden.

11.2 Terminplan 23

Nach den Beratungen des Ältestenrates wird der Ausschuss für Kommunalpolitik in der 16. Legislaturperiode freitags ab 10 Uhr tagen. Der Ausschuss verständigt sich auf folgende Sitzungstermine für das Jahr 2012:

28. September 2012
26. Oktober 2012
23. November 2012
7. Dezember 2012

Nächste Sitzung: 28. September 2012 23

* * *

